

Kritik an Projekt S 21 wächst

Bürgerinitiative Bahnstraße befasst sich mit Kosten-Nutzen-Analyse und will Prüfung veranlassen

ELLERAU/QUICKBORN Als sich im August dieses Jahres die Bürgerinitiative Bahnstraße bildete, hatte dies vor allem einen Grund: Sorge vor der geplanten Gleiserweiterung im Zuge des AKN-Ausbau zur verlängerten S-Bahn-Linie 21. Eine Handvoll Anwohner des Abschnitts zwischen den Bahnhöfen Ellerau und Tanneneck fürchtete, Teile ihrer Grundstücke einbüßen zu müssen.

Doch die Zweifel an dem mit 100 Millionen Euro veranschlagten Großprojekt der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg sind gewachsen. „Je mehr man sich damit beschäftigt, desto mehr Schwächen werden deutlich“, sagt Markus Spiering, Vorsitzender der Bürgerinitiative, die sich Ende Oktober als nicht eingetragener Verein gegründet hat und mittlerweile 25 Mitglieder zählt. Es ist vor allem die Kosten-Nutzen-Analyse, die die BI zu einem Kritiker des prestigeträchti-

gen Vorhaben werden lässt, das Bewohner der Städte, Gemeinden und Kommunen entlang der AKN-Strecke zwischen Kaltenkirchen und Eidelstedt ab 2020 zügiger und direkter bis zum Hamburger Hauptbahnhof fahren lassen soll.

.....
„Wenn erstmal Masten in die Höhe ragen, dann werden sich einige Leute noch umgucken.“

Markus Spiering
 Bürgerinitiative Bahnstraße

Wesentliche Argumente der Planer, wie kürzere Fahrzeiten und der Umsteigefreiheit im Bahnhof Eidelstedt, überzeugen Spiering und seine Mitstreiter nicht. Außerdem haben sie Erkenntnisse gewonnen: die CO₂-Bilanz der S-Bahn sei schlechter als die der neuen AKN-Züge, die Schließzeiten der Schranken seien länger und die Lärmbelastung wachse. Nicht zuletzt

würde die Umwelt durch Strommasten und -leitungen, die für die Elektrifizierung unvermeidbar sind, „verschandelt“, wie die BI in einer Pressemitteilung schrieb. „Und wenn erst einmal Oberleitungen und Masten in die Höhe ragen, dann werden sich einige Leute noch umgucken“, glaubt Spiering.

Wenn das Planfeststellungsverfahren 2016 eröffnet wird, dann wird die BI Gelegenheiten nutzen, Bedenken vorzubringen. „Wir sind intensiv in die Analyse der Nutzen und Kosten eingestiegen und werden das auch weiter tun“, kündigt Spiering an. In Planung sei demnach, das vorliegende Kosten-Nutzen-Verhältnis von einem unabhängigen Büro prüfen zu lassen. Auf eigene Kosten. „Aktuell liegt der Kosten-Nutzen-Faktor bei 1,12“, sagt Spiering, der es durchaus für möglich hält, dass der Wert unter eins sinke. „Dann wäre das Projekt nicht mehr förderfähig“, be-

tont Spiering. Dies hätte zur Folge, dass die Summe von etwa 60 Millionen Euro aus Mitteln des Bundes nicht mehr abgerufen werden könne. Landesverkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) hatte noch im Sommer betont, dass das Projekt notfalls auch ohne Bundesförderung durchgezogen werden solle. Vor diesem Hintergrund fügt sich ins Bild, wenn Spiering sagt: „Unser Gefühl ist, dass das Projekt durchgedrückt werden soll, ohne etwas zu verändern. Deshalb wird die Analyse auch nicht noch einmal angefasst.“ Die Bürgerinitiative will dies nun ändern. *Folko Damm*